

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0
Telex: 8 86 846 ppbn d
Telefax: 9 15 20-12

Inhalt

Horst Kubatschka MdB
fordert mehr Aufklärung
über schädliche UV-B-
Strahlen: Wenn aus
Bräune Hautkrebs
wird...

Seite 1

Horst Niggemeier MdB
verlangt Aktionen ge-
gen gegen serbische
Soldateska: Flugblätter
statt Bomben als erste
Maßnahme gegen Mi-
losevic.

Seite 2

47. Jahrgang / 150

7. August 1992

Wenn aus Bräune Hautkrebs wird...

Massive Aufklärungskampagnen über schädliche UV-B-Strahlen

**Von Horst Kubatschka MdB
Mitglied im Ausschuß für Forschung, Technologie und
Technikfolgenabschätzung**

Einen leichtfertigen und in erster Linie an Nichtstun und Irreführung der Öffentlichkeit orientierten Umgang mit der Gefahr der schädlichen Auswirkungen anhaltender UV-B-Strahlen für die Menschen habe ich der Bundesregierung vorgeworfen. Statt den Menschen, die sich natürlich über die anhaltende Schönwetterperiode freuen, die Wahrheit über die schädliche UV-B-Strahlung zu sagen und endlich dazu überzeugen, in nationalen Aufklärungs- und Gesundheitskampagnen ihrer Verantwortung nachzukommen, vergeuden die politisch Verantwortlichen kostbare Zeit mit lapidaren Appellen - beispielsweise, daß intensive Sonnenbestrahlung zu vermeiden und das Freizeitverhalten zu verändern sei. Im übrigen, so die Bundesregierung, fehle noch der wissenschaftliche Kausalzusammenhang. So heißt es im Bericht des Bundesforschungsministeriums (BMFT) vom 10. Juli 1992 lapidar: 'Auch Aussagen über die zu erwartenden Auswirkungen auf die Gesundheit der Menschen durch Beeinträchtigung der Haut, des Immunsystems und des Auges sind derzeit noch nicht hinreichend wissenschaftlich gesichert, um Expositionsempfehlungen für bestimmte Strahlungsszenarien ableiten zu können.'

Seit langem gibt es gesicherte wissenschaftliche Erkenntnisse über die Wirkung veränderter UV-B-Strahlung auf den Menschen, die auf Kosten der Gesundheit der Bevölkerung heruntergespielt werden.

Die harte UV-B-Strahlung, die sich durch die Ausdünnung der Ozonschicht merklich erhöht hat, führt zu einer Zunahme von Hautkrebskrankungen und Augenschädigungen. Der UNEP-Report (United Nations Environmental Programme) berichtete schon 1989, daß es aufgrund einer erhöhten UV-B-Strahlung, die aus einer einprozentigen Reduzierung der Ozonschicht resultiert, zu einer Erhöhung der Hautkrebsrate von drei Prozent kommen kann. Weiter würden dadurch weltweit 100.000 Menschen zusätzlich erblinden. In diesem Bericht des Jahres 1989 wird eindringlich auf den Zusammenhang zwischen zunehmender Zerstörung der Ozonschicht und Schwächung des menschlichen Immunsystems aufmerksam gemacht. Längst ausgedrötet geglaubte Krankheiten - wie beispiels

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Kemischer Umgang
mit empfindlichen
Recycling-Papier



weise die Lepra und Tuberkulose - würden in Folge einer UV-bedingten allgemeinen Schwächung des Immunsystems wieder vermehrt auftreten.

Ich betone, daß man sich in Australien bereits zu einer Zeit mit den Folgen einer zu intensiven US-Bestrahlung befaßte, als die heutigen Befürchtungen im Zusammenhang mit dem Schwund der Ozonschicht überhaupt noch nicht bekannt waren. Deshalb ist man sich in Australien der Melanom-Gefahr und der sonstigen gesundheitlichen Risiken durchaus bewußt. Die medizinische Forschung hat sich intensiv mit Fragen der Vorbeugung, Erkennung und Behandlung befaßt und entsprechende Vorsorgemaßnahmen eingeleitet.

Ich fordere die Bundesregierung auf, sich nicht ständig auf fehlende wissenschaftlich Erkenntnisse herauszureden, sondern auf die Forschungsergebnisse und politischen Konsequenzen anderer Staaten - wie beispielsweise Australien - zurückzugreifen. Nötig sind umfassende gesundheitliche Aufklärungskampagnen vor allem an die Adresse der gefährdeten Bevölkerungsgruppen, die der Bestrahlung besonders ausgesetzt sind - wie etwa Kinder, Personen die im Freien arbeiten und natürlich Urlauber und Freizeitsportler.

Schwerpunkte müssen sich diese sofort einzuleitenden Kampagnen auf drei Bereiche konzentrieren:

1. die Vorbeugung (zum Beispiel die Aufforderung, geeignete Kleidung und Hüte zu tragen und ausreichenden Sonnenschutz zu verwenden),
2. die Aufklärung (über die Folgen von UV-B-Strahlen schon im Kindesalter) und
3. die Motivation ("Ist Sonnenbräune wirklich Hautkrebs wert?")

Es ist schon makaber, daß man aufgrund unterlassener Umweltpolitik der Bundesregierung die Menschen auf diesem Wege schützen muß. Anstatt das Übel an der Wurzel zu packen, gefährdet die Bundesregierung tagtäglich die Gesundheit der Bevölkerung."

(-/7. August 1992/rs/fr)

Flugblätter statt Bomben als erste Maßnahme gegen Milosevic

Von Horst Niggemeier MdB

Mitglied im Verteidigungsausschuß der SPD-Bundestagsfraktion

Im ehemaligen Jugoslawien richtet sie serbo-kommunistische Soldateska unter der nicht-serbischen Bevölkerung ein Blutbad an, das es in Europa nach Form und Methode zuletzt durch die Nazi-Barbarei gegeben hat.

Mit Kindern, Frauen und Männern bestückte Konzentrationslager und ethnische Säuberung durch Vertreibung und Vernichtung der nicht-serbischen Menschen erinnern fatal an die Nazi-Methoden.

So haben es die nationalsozialistischen Gewaltverbrecher von 1933 bis 1945 vor aller Weltöffentlichkeit exekutiert. Und auch die verschränkten Arme der zivilisierten Welt als Ausdruck der Hilfeverweigerung für die Verfolgten, Vertriebenen, Gefolterten und die Ermordeten erinnern an das ähnliche Verhalten der Welt gegenüber den Millionen Opfern von Nazi-Hitler.

Die 1945 auf der Grundlage des von den damaligen Siegermächten erarbeiteten "Status für den Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg" durchgeführten Kriegsverbrecher-Prozesse gegen die Nazi-Führungsclique haben dann allerdings auch offenbar werden lassen, daß es im Hinblick auf die Beweisführung bei Gericht notwendig und hilfreich zugleich ist, wenn mit der zuverlässigen Dokumentation solcher Verbrechen von staatlichen Unrechtsregimen frühzeitig genug begonnen wird.

Auch bei den jetzt in Vorbereitung befindlichen Prozessen gegen die kommunistischen Führungskader der SED wird schon im Anfangsstadium deutlich, daß die Anklage gegen diese SED-Clique von Denkmern und Henkern nicht mit leichter Hand zu erstellen ist.

Immerhin hat so eine Spitzenfigur wie Egon Krenz, der Honecker-Nachfolger als Parteichef und Staatsratsvorsitzender, erst noch vor wenigen Tagen erklärt, daß er von alledem, was da in der ehemaligen DDR gegen Recht und Gesetz geschehen sein soll, nichts gewußt haben will.

Auch Schalck-Golodkowski gehört zu den Ahnungslosen: "Ich habe von nischt gewußt". Diesen Spruch werden wir in den nächsten Wochen noch in den verschiedensten Dialekten der mitteldeutschen Provinzen vor diesem und jenem Gericht hören können.

Diese deutschen Erfahrungen nach dem Zusammenbruch der Nazi-Diktatur 1945 und der SED-Diktatur 1989 müssen nachdenklich machen. Im Falle des serbo-kommunistischen Schlächters Stobodan Milosevic in Belgrad sollten schon jetzt alle Maßnahmen eingeleitet werden, die eine beweiskräftige und gerichtsfeste Dokumentation über die von Milosevic und seinen unmenschlichen Helfershelfern begangenen Verbrechen gegen die Menschlichkeit und den Völkermord sicherstellen.

Die Bundesregierung sollte deshalb unverzüglich den in Artikel VIII des Vertrages über die WEU (Westeuropäische Union - Belgien, Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg, den Niederlanden und Großbritannien) vorgesehenen "Rat der WEU" einberufen lassen.

Dieser Ministerrat muß sofort die Einrichtung einer supranationalen Erfassungs- und Dokumentationsstelle analog der Erfassungsstelle in Salzburg beschließen, um den im ehemaligen Jugoslawien durch die national-kommunistische Milosevic-Mafia verübten Völkermord sowie weitere völkerrechtlich zu ahndende Verbrechen gegen den Frieden und Verbrechen gegen die Menschlichkeit dokumentarisch und gerichtsfest belegen zu können. Mit den richterlichen Zeugenvernehmungen in den Flüchtlingslagern aller europäischen Staaten muß unverzüglich begonnen werden.

Gleichzeitig damit sollte der Ministerrat der WEU unter Vermeidung von Kompetenzstreitigkeiten gemeinsam mit EG, KSZE, NATO und den Menschenrechtsorganisationen der UNO unverzüglich die völkerrechtlich verbindlichen Verträge, Konventionen und Abmachungen benennen, gegen die Milosevic und Co. in nicht mehr hinnehmbarer Weise verstößt.

Da ist Eile geboten. Oder will die europäische und internationale Öffentlichkeit zum Beispiel warten, bis auch der aus den USA importierte serbische Regierungschef Panic letztlich erklärt, er habe von alledem nichts gewußt, was da auf angeblich einsame Anweisung seines nationalkommunistischen Staatspräsidenten Milosevic in Kroatien, Bosnien-Herzegowina und auch in einigen serbischen Regionen unter dem Stichwort "ethnische Säuberung" an Kindern, Frauen und Männern dahingemordet wurde?!

Die WEU-Mitgliedstaaten sollten sich in der Pflicht fühlen, ohne jedes Zögern dem schändlichen Treiben der Serbo-Kommunisten auf dem Balkan in allen nur denkbaren und möglichen Varianten zu begegnen.

Noch auf dem Treffen der Außen- und Verteidigungsminister der WEU am 19. Juni 1992 auf dem Bonner Petersberg hat es in einer gemeinsamen Erklärung vollmundig geheißen, daß "die WEU-Mitgliedstaaten ihre Entschlossenheit bekräftigten, weiterhin zur Schaffung einer neuen Friedensordnung in Europa beigetragen, die im Einklang mit der Charta von Paris auf Zusammenarbeit beruhen wird." Dann sollen sie nun endlich anfangen, sich aktiv bei der Schaffung eines friedlichen Europas zu engagieren.

Die Bundesregierung muß allein oder mit anderen Staaten gemeinsam bei der in Straßburg residierenden "Kommission für Menschenrechte" gegen Milosevic, Panic und Helfershelfer unverzüglich Beschwerde einlegen wegen des Verstoßes gegen die "Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten" und anderer Verbrechen, wie dem staatlich organisierten Völkermord und der Kriegsverbrechen. Erst mit dieser Beschwerde wird der Weg zum Europäischen Gerichtshof in Straßburg freigemacht.

Die ebenso penetrante wie barbarische Verletzung des Völkerrechts durch Milosevic gehört auch vor den Internationalen Gerichtshof in Den Haag; Völkerrecht ist das Thema dieses Gerichtshofes, wenn er denn mit einer entsprechenden Klageerhebung, wie es das Statut vorsieht, befaßt wird.

Milosevic und Co. müssen schnellstens wissen, daß sie in den Augen der zivilisierten Welt als Verbrecher übelster Sorte angesehen werden.

Insofern ist es sehr zu begrüßen, daß bei der UNO und in den USA - trotz Präsidentenwahlkampfes - endlich begriffen wurde, daß hier gehandelt werden muß und auch eine militärische Intervention nicht mehr ausgeschlossen wird.

Die Zeiten müssen jetzt endgültig vorbei sein, wo man aus Gründen der diplomatischen Courtoisie gemeinsam mit Milosevic auf der Couch für ein Pressefoto posierte.

Die Bundesregierung kann im Hinblick auf die Sicherung der Beweislage und die Einleitung internationaler Gerichtsverfahren entschlossene Schritte selbst einleiten; da braucht sie keine Zustimmung von irgendwo her und es gibt auch keine Verfassungsbestimmung, die sie daran hindern könnte: Nur - das alles muß schnell geschehen, denn Milosevic und seine Henkersknechte müssen schon morgen wissen, daß sie als ausgewiesene Kriegsverbrecher keine politische und auch keine persönliche Perspektive mehr haben. Jetzt muß das serbische Volk vor seinen barbarischen Führern geschützt werden. Die gutwilligen und friedenswilligen Serben müssen davor bewahrt werden, durch ihre verkommene Führerschaft in weitere Verbrechen verstrickt zu werden.

Deshalb muß noch vor den Anklagen bei den internationalen Gerichtshöfen - und zwar sofort - eine massive Welle von entsprechenden Informationen über alle serbisch kontrollierten Bereiche in Form von Flugblättern hereinbrechen, damit ein informationelles Gegengewicht zu den von Milosevic beherrschten serbischen Medien entsteht.

Nur so wird die Bevölkerung erfahren können, was tatsächlich in ihrem Lande unter der serbo-kommunistischen Diktatur des Altgenossen Milosevic geschehen ist. Niemand wird dann später sagen können, daß von all den Grausamkeiten und auch von den durch serbische Scharfschützen ermordeten Kleinkindern in Sarajevo nichts bekannt gewesen wäre.

Es ist abschließend zu fragen, ob denn gegen eine bislang leider noch nicht praktizierte psychologische Kampfführung mit der oben genannten Zielsetzung etwas einzuwenden wäre?!

Wenn nein, dann sollte sich endlich jemand in WEU, EG, KSZE oder UNO schnell für zuständig erklären und mit einer groß und großzügig angelegten Informationskampagne mit serbo-kommunistischen Einflußbereich beginnen. Irgendwo in Europa muß es doch einen Minister oder den Generalsekretär einer Organisation geben, der begreift, daß dieses relative Nichtstun gegen die serbo-kommunistischen Verbrecher der europäischen Bevölkerung nicht mehr vermittelbar ist.

Die Menschen - wenn man denn als Politiker noch den Menschen aufs berühmte Maul schaut, schert es nicht, ob zur Beendigung von Mord und Vertreibung im ehemaligen Jugoslawien die EG, die WEU, die KSZE, die NATO oder sonstwer zuständig ist, sondern die wollen, daß da den serbo-kommunistischen Barbaren das blutige Handwerk gelegt wird.

Ist den Großen in den zahllosen Ministerräten dieser mit so vielen Organisationsstrukturen bedachten westlichen Welt eigentlich noch nicht aufgefallen, daß in den ehemaligen Ostblockstaaten die unter anderen Parteibezeichnungen firmierenden Kommunisten ihre auffallendsten Wahlerfolge auf dem Lande erzielen, da also, wo nur die gesteuerten Medien der alten Regime bislang ihre Wirkung auf die gutgläubige Landbevölkerung ausübten?

Wenn die Verantwortlichen in der internationalen Völkergemeinschaft immer noch unentschlossen sind, ob es des militärischen Einsatzes - zum Beispiel in Form von gezielt geflogenen Luftangriffen auf serbische Kampfstellungen mit schweren Waffen - bedarf, um die Menschen vor weiteren Verbrechen des Altgenossen Milosevic zu bewahren, dann sollte wenigstens sofort damit begonnen werden die Milosevic-Verbrechen schnellstens vor die zuständigen internationalen Gremien und Gerichte gebracht werden.

Milosevic und seine Mittäter müssen wissen, daß die außerhalb der zivilisierten Gesellschaft stehen. Das muß ihnen besonders von den Staaten gesagt werden, die schon im Golfkrieg bewiesen haben, daß sie mit ihren Kampfflugzeugen die Luft-Boden-Raketen zentimetergenau auf den Punkt plazieren können.

Und das serbische Volk muß schnellstens erfahren, warum das so ist; bei allem Respekt vor Rundfunk und Fernsehen wird die Wirkung des geschriebenen Wortes auch und gerade in den serbisch dominierten Dörfern eine nachhaltige Wirkung erzielen. Mit dem Flugblatt in der Hand kann man auch und wird man auch in der Familie und mit den Nachbarn über die Gefahren des Mitschuldig-werdens sprechen und nachdenken.

(-/7. August 1992/rs/fr)
